(WL)

Heute unter anderem zu folgenden Themen:

- Juristen wollen das Banken-Rettungspaket kippen
- Kreditkassenblase
- Finanzkrise und Lobbyismus
- Asmussens Rollenspiel
- Lucas Zeise: Ehrfurcht vor der Hochfinanz
- IMK: Defizite bei europäischer Abstimmung und Konjunkturstimulation
- Die Opfer jenseits der Industrienationen
- Thomas Fricke – Bastelanleitung für ein Konjunkturpaket
- Rudolf Hickel: Eine Gewinnflut hat die Wirtschaft ertränkt
- Größtes Islandrisiko bei deutschen Banken
- Sarkozy ruft Staatsfonds ins Leben
- Rentenkasse legte Millionen bei Pleite-Bank an
- Investitionsrückstau im Gesundheitswesen – Länder sind ihrer Pflicht nicht nachgekommen
- Hartz: Lizenz zur Ausbeutung
- Länderchefs billigen Rundfunkänderungsstaatsvertrag
- ZDF feuert Heidenreich
- Änderung der Semesterzeiten

- Schavan will es nicht wahrhaben
- Welthungerhilfe denkt an ein Ende ihres Engagements in Afghanistan
- Datenkarte 2008 der Hans-Böckler-Stiftung
- Hinweis: Die unternommene Hochschule, Kongress in Bonn

Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Juristen stellen sich quer**
   Eine Gruppe von Anwälten und Jura-Professoren will das Banken-Rettungspaket der Bundesregierung mit einer Verfassungsbeschwerde kippen. Das im Schnellverfahren beschlossene Gesetz verstoße gegen die Verfassung, weil es keine Bestimmung enthalte, die die Rückzahlung der Finanzhilfen an den Staat regele, sagte der Nürnberger Wirtschaftsanwalt Klaus Kratzer am Donnerstag der Deutschen Presse-Agentur dpa.

   “Wir sind durchaus der Auffassung, dass Banken in dieser Situation geholfen werden muss. Es muss aber auch gewährleistet sein, dass Banken – wie im Fall der IKB-Bank – nicht später zu einem Spottpreis an US-Investoren verkauft werden und der Steuerzahler von seiner Finanzhilfe keinen Pfennig mehr sieht”, betonte Kratzer.
   Quelle: FR

2. **Die nächste Blase**
   Weil viele Amerikaner ihre Kreditkarten-Rechnungen nicht mehr bezahlen können, drohen der Finanzbranche in den USA neue Milliarden-Ausfälle. Die nicht bezahlten Kreditkartenrechnungen werden Branchenkennern zufolge die Bilanzen der krisengeschüttelten Finanzinstitute zwar weiter schwächen. Ausmaße in der Größenordnung der Hypothekenkrise werden jedoch nicht erwartet. “Die ausstehende Summe ist bei den Kreditkarten deutlich geringer”, sagt Scott Hoyt, Ökonom bei

Moody`s Analyse- und Beratungsdienst economy.com. Die schlechte: Die Kreditkarten-Außenstände, die sich leicht auf mehrere Tausend Dollar je Karte summieren können, wurden von den Unternehmen zum Teil wie die faulen Hypotheken verbrieft und weiter verkauft – als Teil des globalen Spekulationsspiels. So können sie auch weit entfernt noch zu neuen Ausfällen und Milliardenschäden führen.
Quelle: Zeit Online

Dazu auch:

American Express sitzt in der Schuldenfalle
Auch zahlungskräftige US-Amerikaner müssen ihre Schulden häufig zwischen ihren Krediktkarten hin und her schieben. Darunter leidet der US-Kreditkartenkonzern American Express und muss einen neuen Gewinneinbruch verkraften.
Quelle: Tagesspiegel

3. **Finanzkrise und Lobbyismus**
   Die Finanzkrise beherrscht die Medien – aber über die Finanzlobby wird erstaunlich wenig diskutiert. Dabei wäre es wichtig, sich mit der Rolle und dem Einfluss der Finanzlobby zu beschäftigen. Denn die Finanzbranche hat lange darauf hingearbeitet, stärkere staatliche Regulierungen zu verhindern bzw. bestehende Beschränkungen zu beseitigen.

   Die massive Einflussnahme der Finanzbranche zeigt sich sowohl in der Vorgeschichte der Finanzkrise als auch jetzt beim Krisenmanagement.
   Quelle: LobbyControl

4. **Unser Herr Asmussen**
   Diesen Erfolg dürfen sich die “Nachdenkseiten” höchstpersönlich anheften. Wieder und wieder haben sie auf Asmussens Rolle hingewiesen. Jetzt lässt sich seine Verstrickung nicht mehr verleugnen. Der Versuch, den schwarzen Peter an der Wall Street und bei ein paar “Zockern” zu deponieren, ist mit Recht gescheitert. Jetzt – Pack schlägt sich, Pack verträgt sich – geht`s untereinander los.
   Auch dieser Ausweg muss ihnen verbaut werden.

   Wir lesen verblüfft:

   “Die Angriffe der Opposition gegen Asmussen sind haltlos”, sagt Albig. Zudem erinnert der Steinbrück-Sprecher an den Hintergrund von Asmussens Position: “Seine

Einschätzung zur Bedeutung von Verbriefungsprodukten entspricht der schon im Koalitionsvertrag niedergelegten Position der Bundesregierung."

Albig hat Recht, dies war die im Koalitionsvertrag festgelegte Politik. Merkel, Steinbrück, Müntefering haben sie zu verantworten. Er übersieht nur eines: dass er damit der Bundesregierung final das Gericht spricht.`
Quelle: Kritik und Kunst von Hartmut Finkeldey

Siehe auch:

Asmussens Rollenspiel
Peer Steinbrücks Staatssekretär Jörg Asmussen gibt in der internationalen Finanzkrise den Feuerwehrmann. Bis vor kurzem war er noch "Zündholzlieferant".
Quelle: SZ

5. **Lucas Zeise: Ehrfurcht vor der Hochfinanz**
   Nur eine, die offensichtlich in akuter Not befindliche BayernLB hat sich bisher bereit erklärt, das Geschenk der Bundesregierung anzunehmen.
   Sind die anderen Banken kerngesund? Ist die Regierung einem Fehlalarm aufgesessen? Hat sie sich von den Beinahepleiten der Hypo Real Estate und der IKB ganz übertrieben schockieren lassen? Brauchen die Banken die ganze Staatsknete nicht? Keineswegs…

   Aber sie zieren sich. Denn diejenige Bank, die die Nothilfe von der Regierung nimmt, gibt damit zu, dass sie es nötig hat. Im Interbankenmarkt verteuern sich damit ihre Konditionen. Die Refinanzierung wird schwieriger statt leichter. Wer also nicht unbedingt muss, wird das Hilfsangebot des Staates, solange es geht, verschmähen. Amerikaner, Briten und Franzosen haben es klüger gemacht. Sie haben die Banken verpflichtet, das Staatsgeld zu nehmen.

   Der entscheidende Fehler in Deutschland ist die Freiwilligkeit des Programms. Was nutzt es denn, wenn die Bundesregierung im internationalen Vergleich am meisten Geld bereithält, wenn dieses Geld nicht abgerufen wird? Steinbrück, Merkel und Staatssekretär Asmussen haben sich, wie wir wissen, von der Branche selbst ja intensiv beraten lassen. Sie haben ganz im Stil wie vor der Krise das Bankenhilfsgesetz so geschrieben, wie die Branche das wollte.

   Zu lange und zu oft haben die Damen und Herren an der Regierung sich selbst eingeredet, dass der Markt am besten funktioniert, wenn Industrie und Finanzgewerbe

ihre Regeln selber schreiben. Jetzt, da die Wirklichkeit das Gegenteil zeigt, fällt es ihnen besonders schwer, das Gesamtwohl gegen die Lobby zu vertreten. Noch immer scheint in Berlin die Ehrfurcht vor den großen Herren der Hochfinanz gewaltig.
Quelle: Zeit Herdentrieb

6. **IMK: Chancen für Überwindung der Krise gewachsen – Defizite bei europäischer Abstimmung und Konjunkturstimulation**
   Um wirklich Hoffnung auf eine schnelle Überwindung der Krise haben zu können" – im besten Fall innerhalb des kommenden Jahres – "müssten sich die europäischen Länder nicht nur auf eine bessere Koordination der nationalen Rettungspakete für ihre Finanzsysteme einigen, sondern auch auf koordinierte nationale Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur…

   Allerdings sehen sie das Risiko, dass einzelne betroffene Banken "zu lange mit der Annahme von Hilfen warten", weil sie Negativ-Nachrichten und Auflagen scheuen. Daher wäre es aus Sicht des IMK praktikabler gewesen, wenn die Bundesregierung nach britischem oder US-amerikanischem Vorbild alle Banken zu einer Eigenkapitalerhöhung veranlasst hätte.
   Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

7. **Die Opfer jenseits der Industrienationen**
   Noch vor wenigen Wochen hoffte die Welt, die USA seien als Hauptverursacher auch Hauptleidtragende der Finanzkrise. Spätestens mit der Pleite von Lehman Brothers traf das Desaster mit voller Wucht Europa. Noch immer hoffte der große Rest der Welt, verschont zu bleiben. Inzwischen aber ist die böse Ahnung zur Gewissheit geworden: Das Börsenbeben erschüttert noch den hintersten Winkel der Erde.
   Quelle: FR
8. **Thomas Fricke – Bastelanleitung für ein Konjunkturpaket**
   Die Kanzlerin sagt, man dürfe keine ungezielten Konjunkturprogramme auflegen – dabei will sie genau diesen Fehler machen. Erfolgreiche Präzedenzfälle lehren, wie wirkungsvolle Konzepte aussehen könnten.

   Die Experten des Internationalen Währungsfonds (IWF) haben gerade die konjunkturpolitischen Experimente der vergangenen 40 Jahre rund um den Globus systematisch ausgewertet. Ergebnis: Im Schnitt waren die Versuche weder per se ein Desaster, noch haben sie per se Wunder gewirkt. Trotzdem: Hinter dem Schnitt stehen eine Menge positiver Beispiele…

Ob über sinkende Steuern und Abgaben oder höhere staatliche Ausgaben: Die Programme müssen zudem ziemlich schnell kommen…

Die Zeit wird knapp. Der Abschwung droht sich längst zu verselbstständigen. Dann wäre es für ein günstiges Konjunkturpaket zu spät. Und die Staatsschulden würden steigen – nur aus einem viel schlimmeren Grund. Weil Deutschland in einer tiefen Rezession feststeckt.
Quelle: FTD

9. **Rudolf Hickel: Eine Gewinnflut hat die Wirtschaft ertränkt**
   Überschüssige Profite müssen in die Löhne fließen und nicht in Finanzspekulationen. So wird die Kaufkraft gestärkt und der Abschwung gebremst, den die Finanzkrise antreibt.
   Quelle: FR
10. **Größtes Islandrisiko bei deutschen Banken**
    Ein Drittel aller Schulden hat Island bei deutschen Geldhäusern. Damit sind Banken aus Deutschland der größte Kreditgeber des Inselstaats. Doch Island ist nicht der einzige Staat mit wirtschaftlichen Problemen, der hierzulande hoch verschuldet ist.
    Quelle: FTD

    Anmerkung Orlando Pascheit: *Allmählich fragt man sich, in welche Krise auf unserem Globus sind Deutsche Banken nicht involviert. Es ist geradezu ein Wunder, dass bei deutschen Bankhäusern nicht schon einige Fensterscheiben zu Bruch gegangen sind. Nur, es sind nicht die Banken allein. Gewiss, inzwischen wissen wir, dass die wundersamen Gewinnsteigerungen der Banken auf einer etwas komplexeren Spielart von Pferdewette, Hütchenspiel oder Trickbetrügerei basieren, aber eigentlich ist das zweitrangig. Denn eigentlich sind wir schuld, die Normalbürger. Wie konnten wir über Jahre in Namen des Standorts Deutschland diese in der OECD- Welt einmalige Niedriglohnpolitik bei explodierenden Gewinnen der Unternehmen hinnehmen. Das Märchen von den Gewinnen, die den Investitionen dienen sollten, war schnell widerlegt. Der Cash-Flow der Unternehmen übertraf bald den Investitionsbedarf beträchtlich. Und wohin ist dieser Überfluß geflossen? Richtig, in die Finanzmärkte und blieb dort bei den Banken hängen. Unproduktiver wurden die den Arbeitnehmern vorenthaltenen Löhne noch nie verwendet.*

11. **Sarkozy ruft Staatsfonds ins Leben**
    Frankreichs Staatspräsident macht ernst und trotzt den Protesten aus Berlin: Er will

einen Interventionsfonds gründen, um “strategisch wichtige” Konzerne zu unterstützen.

Die ablehnenden und mahnenden Worte aus Berlin ließen den französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy unbeeindruckt: Neben Steuererleichterungen – bis Januar 2010 werde der Staat auf die Körperschaftssteuer bei Neuinvestitionen verzichten – will Paris die heimische Wirtschaft mit einem sogenannten “Interventionsfonds” aus der Finanzkrise führen. Zudem stelle die Regierung Kapital für Schlüsselindustrien bereit, die wegen der Finanzkrise in Schwierigkeiten geraten. Die Schritte sind Teil eines Maßnahmenbündels, das Sarkozy noch an diesem Donnerstag vorstellen wollte.

Bei seinem Werksbesuch in Annecy kündigte Sarkozy außerdem die staatliche Bestellung eines “Kreditvermittlers” an. An ihn sollen sich die Unternehmen wenden, wenn die Banken ihnen nicht bereitwillig Darlehen gewähren wollen. Premierminister François Fillon wies die Präfekten an, in monatlichen Treffen mit Vertretern der örtlichen Banken und Unternehmen darüber zu wachen, dass die Banken in ihren Départements die Betriebe mit Krediten versorgen.
Quelle: Zeit

12. **Rentenkasse legte Millionen bei Pleite-Bank an**
Die Deutsche Rentenversicherung gerät in den Strudel der Finanzkrise! Die Rentenkasse hat 44,5 Millionen Euro bei der US- Pleitebank Lehman Brothers angelegt – und möglicherweise verzockt!

Die deutsche Rentenkasse und die Pleitebank: Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums hat ein Träger der Rentenversicherung die Renten-Millionen „als Termineinlagen in verschiedenen Stückelungen bei der Lehman Brothers Bankhaus AG angelegt“.
Quelle: Bild.de

Anmerkung WL: *Da hat das Werbeblatt für die Allianz und die private Altersvorsorge aber eine Perle ausgegraben um die umlagefinanzierte gesetzliche auch unter die Zocker einzureihen. Gerade 44,5 Millionen von 11 Milliarden Nachhaltigkeitsrücklage wurden bei der Pleitebank Lehman Brothers angelegt. Das viel höhere Risiko der privaten Altersvorsorge, die die eingezahlten Beiträge komplett auf dem Kapitalmarkt anlegt, wurde natürlich mit keinem Wort angesprochen.*

Siehe dazu:

Argentinien "rettet" private Rentenversicherungen
Die 10 privaten Versicherer sollen einem Gesetzesentwurf der Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner zufolge das von den Versicherten eingezogene Kapital an den Staat übertragen, der dafür die Verpflichtungen zur Auszahlung der Renten übernimmt. Anders als bei der Privatisierung vor 14 Jahren versprochen war die Höhe der ausgezahlten Beträge unter die der staatlichen Altersversorgungsbezüge gesunken.
Quelle: Telepolis

Und der Spiegel und andere Medien, die die Kampagne für die private Vorsorge mitbetrieben hat, ziehen natürlich gleich nach.
Quelle: Spiegel.Online

Siehe dazu die Quelle dieser Meldungen:

Im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung hat ein Träger Forderungen in Höhe von 44,5 Mio. Euro als Termineinlagen in verschiedenen Stückelungen bei der Lehman Brothers Bankhaus AG angelegt.

Im Bereich der gesetzlichen Unfallversicherung war auf Grund der kurzen Frist eine abschließende Abfrage bei allen Trägern nicht möglich. Ausweislich der erfolgten Rückmeldungen bestehen bei vier Berufsgenossenschaften und einer Unfallkasse im Landesbereich Forderungen gegenüber der Lehman Brothers Bankhaus AG in Höhe von insgesamt 57,55 Mio. Euro, die ebenfalls als Termineinlagen angelegt wurden.

Alle genannten Einlagen sind über den Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes Deutscher Banken e. V. geschützt. Die Sicherungsgrenze beträgt je Einleger 285,105 Mio. Euro.

Der Bundesregierung liegen keine Informationen vor, ob überhaupt, und ggf. in welcher Höhe Forderungen aus dem Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung gegenüber der Lehman Brothers Bankhaus AG bestehen. Das Bundesministerium für Gesundheit hat eine entsprechende Abfrage bei den zuständigen Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder sowie bei den Spitzenverbänden der Krankenkassen und den Kassenärztlichen Bundesvereinigungen durchgeführt. Über die vorgelegten Ergebnisse wird die Bundesregierung die Fragesteller nach Eingang der Antwortschreiben umgehend unterrichten.

Quelle: Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion v. 14.10.08 [PDF – 64 KB]

13. **Länder sind ihren Pflichten nicht nachgekommen**
Der Investitionsrückstau im Gesundheitswesen wird auf über 50 Milliarden Euro geschätzt. Ein Gespräch mit Bernard Braun, Gesundheitsforscher am Zentrum für Sozialpolitik der Uni Bremen.

Die Länder müssen sich an die geltenden Gesetze halten, so wie jeder Bürger auch. Täten sie das, gäbe es eine Menge Probleme nicht. Denn die Länder sind über viele Jahre ihren Pflichten nicht nachgekommen. Nun haben wir einen Investitionsrückstau von über 50 Milliarden Euro. Das bedeutet: Fehlen von Räumen, Transportmitteln und weiteren Dingen. Natürlich kann man jetzt ein neues Gesetz verabschieden, aber wer sagt uns, dass die Länder sich diesmal daran halten werden? Die diskutierte Option, alle Kosten über die Krankenkassen zu finanzieren, ist dagegen die denkbar schlechteste Alternative. Die Kassen beschweren sich, dass sie über den neuen Gesundheitsfonds zu wenig Geld erhalten werden. Aber wie sollen gerade diese dafür sorgen, dass die Versorgung optimal läuft und die Beschäftigten zufrieden sind?
Quelle: junge Welt

14. **Mit Lizenz zur Ausbeutung**
Markus Breitscheidels Enthüllungsbuch über das Leben mit Hartz.

Er ist etwa auf eine Praxis gestoßen, die es, wie er sagt, “Unternehmen in diesem Land möglich macht, kostenlos an Arbeitskräfte zu kommen”.

Breitscheidel beschreibt das am Beispiel eines deutschen Briefdienstleisters: Ein privater Arbeitsvermittler bekommt von der Arbeitsagentur im Erfolgsfall bis zu 2000 Euro Provision für jeden vermittelten Hartz-IV-Empfänger. Für den Briefdienstleister ein lohnendes Geschäft, weil er an der privaten Agentur beteiligt ist. Nach drei Monaten werden diese Mitarbeiter wieder entlassen. Solange müssen sie mindestens im Unternehmen beschäftigt sein, damit die Vermittlungsprovision gezahlt wird.
Quelle: SZ

15. **Länderchefs billigen Rundfunkänderungsstaatsvertrag**
Die Ministerpräsidenten haben sich nach monatelangen Beratungen auf den Text des 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrags geeinigt. Der Staatsvertrag regelt die Online-

Aktivitäten der Sender und ihr Engagement im Digitalbereich. Nach dem Willen der Länderchefs sollen ARD, ZDF und Deutschlandradio ihre Programme künftig bis zu sieben Tage nach der Ausstrahlung ins Internet stellen dürfen, bei Großereignissen und Bundesliga-Spielen bis zu 24 Stunden. Neue und bestehende Internetangebote sollen aber einen sogenannten Drei-Stufen-Test durchlaufen – letztere bis spätestens Ende 2010. Die Anstalten sollen damit nachweisen, dass diese digitalen Angebote einen "publizistischen Mehrwehrt aufweisen" und welcher finanzielle Aufwand dafür erforderlich ist. Zuständig für die Prüfung sind die internen Aufsichtsgremien der Sender, also Rundfunk- und Fernsehräte.
Quelle: tagesschau.de

Anmerkung WL: *Siehe dazu: Beschränkung der Onlineangebote der Rundfunkanstalten: Zensur durch den Markt*

16. **Streit um Qualität im TV: ZDF feuert Heidenreich**
Aus für Elke Heidenreich: Sie wird nicht mehr für das ZDF als Moderatorin arbeiten. Intendant Markus Schächter und Programmdirektor Thomas Bellut entschieden an diesem Donnerstag gemeinsam, die 65-Jährige nicht einmal mehr für die ursprünglich noch vereinbarten "Lesen!"-Sendungen im Oktober und im Dezember einzusetzen und ihren 2008 auslaufenden Vertrag folglich auch nicht zu verlängern. Bellut schrieb Heidenreich einen Brief, in dem er wohl argumentierte, dass Heidenreich durch ihre Texte in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung und der FAZ die Ebene einer sachlichen Auseinandersetzung verlassen und den Sender wie seine Mitarbeiter öffentlich herabgewürdigt habe. Das Vertrauensverhältnis sei zerstört, und er, Bellut, habe beschlossen, die geplanten "Lesen!"-Sendungen im Oktober und Dezember abzusetzen.
Quelle: Süddeutsche

Der Entlassungsgrund für Elke Heidenreich:
„Wo waren die Programmdirektoren und Intendanten in diesem Augenblick, warum kam keiner von ihnen auf die Bühne, um etwas zu sagen? Weil es verknöcherte Bürokarrieristen sind, die das Spontane längst verlernt haben, das Menschliche auch, Kultur schon sowieso.

Man schämt sich, in so einem Sender überhaupt noch zu arbeiten. Von mir aus schmeißt mich jetzt raus, ich bin des Kampfes eh müde. Ich schäme mich, ich entschuldige mich stellvertretend für alle Leidenden an diesen Zuständen, und derer sind auch in diesen verlotterten Sendern noch viele, bei Marcel Reich-Ranicki für

diesen unwürdigen Abend. Ja, bitte nimm den Preis nicht an, jetzt nicht und nie. Lass dich nicht einlullen. Und rede nicht mit den Vertretern der Sender, es bringt nichts. Sie werden es nicht begreifen."
Quelle: FAZ

Anmerkung: *Von wegen „Mit dem Zweiten sieht man besser"!*

17. **Zum Schaden von Schule und Forschung**
Da an deutschen Universitäten einerseits nichts unreformiert bleiben darf, der Reformklasse andererseits aber langsam die Themen ausgehen, hat sich die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) vorgenommen, nun bald auch die Semesterzeiten in Deutschland zu ändern. Das neue Herbstsemester soll – ab 2010 – statt wie bislang Mitte Oktober dann Anfang September beginnen, das Sommersemester Anfang März anstatt wie bisher Mitte April.

Wann endlich wird die Phrase von der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Hochschulsystems", die stets herhalten muss, um sinnwidrige Belastungen eines durchaus funktionierenden Systems zu begründen, an dem gemessen, was das deutsche Hochschulsystem ja bereits ist: international wettbewerbsfähig.
Quelle 1: FAZ
Quelle 2: FAZ

18. **Schavan will es nicht wahrhaben**
Bildungsministerin Schavan hält eine Studie geheim, die belegt, dass Gebühren fürs Studium viele Interessenten abschrecken. Der taz liegt sie dennoch vor. Während Schavan behauptet hatte, es stimme nicht, dass Studiengebühren vom Studium abschreckten, schreiben die Autoren vom renommierten Hochschulforschungsinstitut (HIS) das Gegenteil: "Durch die Einführung von Studiengebühren verzichtet eine nennenswerte Zahl von Studienberechtigten auf das ursprünglich beabsichtigte Studium", heißt es in der Zusammenfassung.
Quelle 1: taz
Quelle 2: taz
19. **IAB: Studieren lohnt sich in Zukunft noch mehr als bisher**
Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) fordert eine neue Bildungsexpansion. „Ein Studium lohnt sich, in Zukunft noch mehr als bisher", schreiben die Nürnberger Arbeitsmarktforscher in einer am Mittwoch veröffentlichten Studie. Bereits in zehn Jahren sei ein Akademikermangel zu erwarten – nicht zuletzt im

technischen Bereich. Der gegenwärtige Fachkräftemangel werde jedoch teilweise übertrieben dargestellt: „Noch besteht kein genereller Ingenieurmangel“, betont das IAB.
Quelle: IAB

20. **Deutsche Welthungerhilfe denkt an ein Ende ihres Engagements in Afghanistan**
Nach dem Selbstmordanschlag, bei dem gestern zwei Bundeswehrsoldaten und fünf afghanische Kinder im Norden Afghanistans ums Leben kamen, sieht Theo Riedke von der Welthungerhilfe die Arbeit seiner Organisation in der Krisenregion gefährdet. “Unsere Arbeit ist seit einiger Zeit sehr eingeschränkt. Weitere Einschränkungen würden die Arbeit in einigen Regionen Afghanistans für uns unmöglich machen”, sagte Riedke im “ZDF-Mittagsmagazin”.

    Die Sicherheit der eigenen Mitarbeiter, so der Regionalgruppenleiter Zentralasien der Welthungerhilfe weiter, sei das oberste Gebot. “Wir wollen mit unserer Arbeit aber auch die Bevölkerung in Afghanistan erreichen.” Sollte sich die Sicherheitslage vor Ort nicht verbessern, schließt Riedke die vorübergehende Beendigung des Engagements der Welthungerhilfe in Afghanistan nicht aus.
    Quelle: Linkszeitung

21. **Datenkarte 2008 der Hans-Böckler-Stiftung**
Das Wichtigste im Taschenformat: Fakten zu Wirtschaft, Arbeitswelt und Mitbestimmung

    Wie viele Frauen und wie viele Männer haben in Deutschland eine Teilzeitstelle? Wie viele Beschäftigte werden nach Tarifvertrag bezahlt? Wie viele können sich in ihrem Betrieb an einen Betriebs- oder Personalrat wenden? Wie haben sich die Arbeitszeiten und die Zahl der mitbestimmten Unternehmen entwickelt? Wie groß ist das Armutsrisiko in verschiedenen Teilen Europas, wie hoch der gewerkschaftliche Organisationsgrad in den Ländern der EU? Die Datenkarte 2008 der Hans-Böckler-Stiftung liefert im handlichen Taschenbuchformat die aktuellen Zahlen zu den Themenfeldern:

    - Bevölkerung
    - Beschäftigung
    - Einkommen

- Arbeitszeit
- Arbeitsmarkt/Ausbildungsmarkt
- Soziale Sicherheit
- Gewerkschaftliche Daten
- Wirtschaft/Finanzen
- Umwelt/Gesundheit

Differenzierte Daten für das westliche und das östliche Bundesgebiet ergänzen die Zahlen für Gesamtdeutschland. Ein EU- und ein kompakter Bundesländervergleich runden die Karte ab. Die gedruckte Karte liegt in deutscher und in englischer Sprache vor.

Ausführlichere Informationen für die einzelnen Bundesländer stehen auf den Internet-Seiten (www.boeckler.de/datenkarte) der Hans-Böckler-Stiftung als pdf-Dateien zum Download bereit.
Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

Hinweis:
Die unternommene Hochschule – Studium, Lehre und Forschung als Ware, Kongress, veranstaltet von der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW, am 25. Oktober 2008 in Bonn.
Quelle: [PDF – 100 KB]